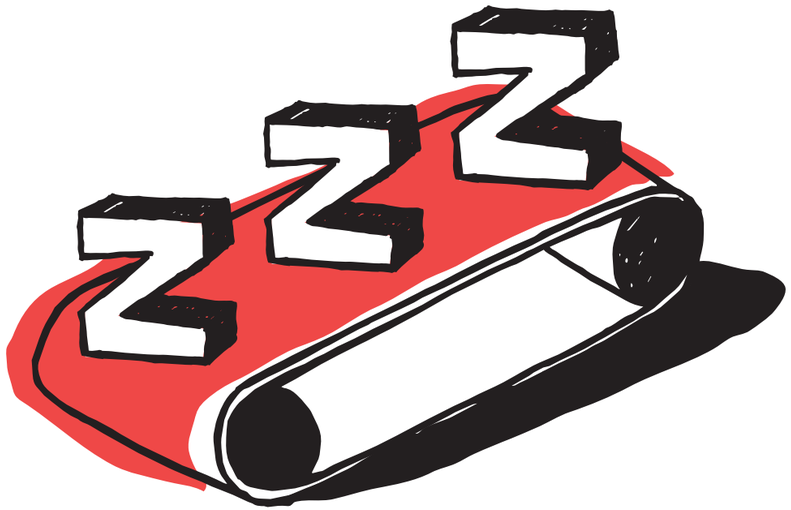
Wer produziert die Zukunft?

Neue Machtpolitik, neue Industriepolitik



Im Kapitalismus sind staatliche Interventionen wie die Bereitstellung von Infrastruktur, die Ausbildung von Arbeitskräften oder die Durchsetzung von Marktmechanismen mittels Kartellkontrollen die Regel. Die aktuelle Renaissance der Industriepolitik markiert dennoch einen Bruch. Industriepolitik ist nicht nur Katalysator von Krise und Konkurrenz, sondern auch mögliche Grundlage offensiver sozialistischer Strategien. Sie öffnet die politische Frage, wer was wie und für wen produziert.

Seit 2020 nimmt die Anzahl industriepolitischer Interventionen wie Subventionen, Zölle oder lokale Wertschöpfungsvorgaben deutlich zu. In Europa sollen sie strategische Schwächen aufgrund der massiven Deindustrialisierung kontern; in China ist die Verflechtung von Staat und Wirtschaft konstituierender Bestandteil des wirtschaftlichen Entwicklungsmodells. Für die USA sind sie ein Machtinstrument gegenüber Chinas Erfolg bei Kommunikationstechnologie und Mikrochips.

Industriepolitische Massnahmen sind mehr als blosse staatliche Interventionen in den Markt; sie dienen der gezielten Gestaltung von strategischen Branchen. Nationalstaaten versuchen, einheimische Unternehmen vor stärkerer internationaler Konkurrenz abzuschirmen und ihnen Absatzmärkte im schrumpfenden Weltmarkt zu sichern. Gerade dadurch verstärken sie die globale Konkurrenz: Zölle und Protektionismus verengen den Weltmarkt, Subventionen steigern die Überproduktion.

Die schärfere ökonomische Konkurrenz wird zunehmend von einer geopolitischen überlappt. In einer Welt verschärfter zwischenstaatlicher Rivalität werden jene Industrien strategisch, die sowohl militärisch relevant als auch ökonomisch profitabel sind. Lag zunächst Dekarbonisierung im Fokus industriepolitischer Bestrebungen, erwies sie sich trotz staatlicher Garantien als ungenügend zur Erfüllung gesteigerter Renditeerwartungen der Kapitaleigner:innen. Branchen, die in der militärischen Konkurrenz direkt wirken können, geraten ins Zentrum. Anreize zur Militarisierung sind *in der Industriepolitik selbst* angelegt. Sie verstärkt unter aktuellen Verhältnissen Konkurrenz und Eskalationsrisiko.

Verschleierung der Schweizer Industriepolitik

Auch die Schweiz ist von dieser Konstellation betroffen. Der Bundesrat lehnt Industriepolitik dennoch ab: Förder- und Subventionsprogramme schädigten die angestrebte Wettbewerbsfähigkeit per Definition – eine Tautologie, die jede Förderung von vornherein disqualifiziert (Schweizerischer Bundesrat 2024). Der Bund betreibt jedoch *faktisch* eine äusserst selektive Industriepolitik. Diese rhetorische Verbiegung verschleiert deren regressive Ausgestaltung und behindert Diskussionen über deren gesellschaftliche Kontrolle.

Das Klima- und Innovationsgesetz (KIG) zeigt diese Schieflage: 1,2 Milliarden Schweizer Franken öffentliche Gelder sollen während fünf Jahren Klimainvestitionen in emissionsreichen Industrien fördern, wovon der Staat den Unternehmen bis zur Hälfte erstattet, sofern sie diese rein privatwirtschaftlich nicht tätigen würden (KIG 2023). Syngenta erhielt 2025 dadurch fünf Millionen Schweizer Franken an Subventionen für ein Klimaprojekt in Monthey (Itinero 2026) – und brüstete sich dank «konsequent straffen Investitionsausgaben» einen Free Cashflow von 1,15 Milliarden US-Dollar erzielt zu haben (Syngenta 2026). Der Belegschaft verweigerte derselbe Konzern trotz Rekordgewinnen über Jahre den Teuerungsausgleich.

Das KIG ist schlechte Industriepolitik, da es weder bedarfsorientiert noch an soziale Auflagen geknüpft ist. Es ist auch wertmässig ungenügend. Für Netto-Null bis 2050 braucht es jährlich 12,9 Milliarden Schweizer Franken, ein Vielfaches der KIG-Summe (SBVg 2021). Entgegen den Aussagen von Wirtschaftsverbänden ist nicht die Kleinheit des Binnenmarktes das Hindernis wirksamer Industriepolitik, sondern die Verteilung von Ressourcen: 2025 schütteten die SIX-Konzerne über 60 Milliarden Schweizer Franken Dividenden aus, anstatt sie in ökologische Transformation zu investieren.

Wie die internationale Konkurrenz sind auch Schweizer Konzerne zunehmend an Aufrüstung interessiert. 60 Prozent der Armeebeschaffung soll künftig inländischen Unternehmen zugutekommen (Schweizerischer Bundesrat 2025), wodurch bis 2039 über 31 Milliarden Schweizer Franken zur MEM-Industrie fliessen sollen (VBS 2026). Von diesem gigantische Förderpaket profitieren in erster Linie Grosskonzerne, während es für die Bevölkerung Sparmassnahmen und Reallohnsenkungen mittels Erhöhung der Mehrwertsteuer gibt. Dies ist knallharte Klassenpolitik für Grosskonzerne – kein Wunder verficht Swissmem sie so eifrig. Die Frage ist nicht, ob es Industriepolitik gibt, sondern wem sie nützt und wer über ihre Bedingungen entscheidet.

Für eine Industriepolitik von unten

Die widersprüchliche Renaissance der Industriepolitik stellt die Linke vor politische Herausforderungen, die sie bislang noch zu wenig diskutiert. Sie untergräbt das dominante Dogma, Produktion sei eine naturwüchsige Angelegenheit des Marktes, und vergrössert den Spielraum zur Wirtschaftslenkung. Das industriepolitische Versteckspiel der Schweizer Behörden verengt zugleich wieder die Möglichkeiten für echte Umverteilung, während die Rechten reale Engpässe beim Wohnen oder der Mobilität fremdenfeindlich umdeuten. Zudem tendiert Industriepolitik unter herrschenden Verhältnissen zu einer einseitig auf Kapitalinteressen ausgerichteten Ausgestaltung.

Industriepolitische Strategien von links sind kein Selbstzweck: Wer über Produktion und Investitionen entscheidet, ist eine zentrale Machtfrage. Um dieses neue Spielfeld im Interesse der Beschäftigten anstatt des Kapitals zu nutzen, muss diese Industriepolitik von gesellschaftlichen Bedürfnissen nach würdevoller Arbeit, dem Zugang zu nützlichen Gütern, sowie intakten Naturbedingungen ausgehen. Dies benötigt Ressourcen, welche die Konzerne jedoch systematisch an die Aktionär:innen leiten, anstatt sie zu investieren.

Die Unia zeigte 2024 in der Stahlindustrie Möglichkeiten linker Industriepolitik auf. Dank Mobilisierungen rettete die Belegschaft in den Stahlwerken in Gerlafingen und Emmenbrücke 250 akut gefährdete Stellen. Nur dank dem Druck auf die nationale Politik erhielten die Werke Finanzhilfen, geknüpft an Standortgarantien sowie ein Dividenden- und Gewinnverbot. Entgegen der Industriepolitik à la KIG enthielt diese von unten durchgesetzte Massnahme soziale Bedingungen und diente als Hebel zum Arbeitsplatzerhalt.

Industriepolitik von unten, getragen von Gewerkschaften, Belegschaften und Zivilgesellschaft, ist ein erster Schritt in Richtung gesellschaftlicher Kontrolle über Investitionen und Produktion für Bedürfnisse statt für Profite. Sie muss ausgebaut werden: Wo Unternehmen Kurzarbeit oder Staatshilfen beanspruchen, müssen sich Belegschaften und ihre gewählten Vertretungen umfassend in Transformationsstrategien einmischen und diese an soziale und ökologische Bedingungen knüpfen. Eine solche Industriepolitik kann zwar Konzerne disziplinieren, löst die Machtfrage zwischen Arbeit und Kapital aber nicht, sondern stellt sie erst. Im Kapitalismus ist dies stets ein Kompromiss auf Zeit und sollte Auftakt zur Infragestellung kapitalistischer Eigentumsverhältnisse sein und Perspektiven zu deren Überwindung aufzeigen – *das* zentrale Projekt für die sozialistische Linke.

Literatur

Itinero (2026): Programm ITINERO: Erste Projekte erhalten Förderung, Bundesverwaltung, Bern, 31.3.2026, www.itinero.admin.ch/de/erste-projekte-erhalten-foerderung.

KIG – Klimaschutz- und Innovationsgesetz (2023): *Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (Klimaschutz- und Innovationsgesetz, KIG) vom 30. September 2022 (Stand 1. Januar 2025)*, SR 814.31.

SBVg – Schweizerische Bankiervereinigung (2021): *Sustainable Finance. Investitions- und Finanzierungsbedarf für eine klimaneutrale Schweiz bis 2050*, in Zusammenarbeit mit Boston Consulting Group (BCG), Basel.

Schweizerischer Bundesrat (2024): *Bericht zur Lage der Schweizer Volkswirtschaft 2024 vom 22. Mai 2024*, BBl 2025 1459, Bern.

Schweizerischer Bundesrat (2025): *Die Rüstungspolitik der Schweiz im Wandel. Rüstungspolitische Strategie des Bundesrates vom 20. Juni 2025*, BBl 2025 2151, Bern.

Syngenta AG (2026): FY 2025 *performance*, Basel.

VBS (2026): *Rüstungsplanung, Ausrichtung auf die wahrscheinlichsten Bedrohungen, Stand Mai 2026*, Bern.

Autor

Magnus Meister ist in der Internationalen Gewerkschaft der Lebensmittelarbeiter aktiv.